



ipso

International and European Public
Services Organisation
Heinrich-Bingemer-Weg 15
60388 Frankfurt am Main

Bundeskanzleramt
Bundeskanzlerin
Angela Merkel
Bundesjustizminister
Heiko Maas
Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin

27. Februar 2017

Rechte der Mitarbeiter und Mitarbeitervertreter beim Europäischen Patentamt (EPO)

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, sehr geehrter Herr Bundesminister,

als Vertreter der „International and European Public Services Organisation“ (IPSO), der von der Europäischen Zentralbank (EZB) anerkannten Gewerkschaft für EZB-Mitarbeiter wenden wir uns an Sie, um unserer äußersten Besorgnis über die Entwicklungen beim EPO mit seiner Zentrale in München und dessen Führung Ausdruck zu verleihen.

Das EPO scheint mit seiner Kernaufgabe, Patentrechte zu gewährleisten, selbst nicht mehr in der Lage zu sein, das geltende Recht seiner Mitarbeiter und deren rechtmäßigen Vertreter zu befolgen und zu achten.

Eine Vielzahl von Berichten in diversen Medien existieren; neben einer [Reportage](http://www.br.de/br-fernsehen/sendungen/kontrovers/traumjob-albtraum-arbeit-belastung-story-100.html) (<http://www.br.de/br-fernsehen/sendungen/kontrovers/traumjob-albtraum-arbeit-belastung-story-100.html>) des Bayerischen Rundfunks (BR) vom 21. März 2016 gibt es mehrere Artikel in der nationalen und internationalen Presse (SZ, FAZ, die Welt, Le Monde, Médiapart, Libération, De Volkskrant, NRC, El Mundo usw.) sowie unzählige Beiträge in auf Urheberrecht spezialisierten Blogs (z.B. IPkat, Juve, WIPR, IAM). Prominente Rechtsgelehrte, wie z.B. Prof. Dr. Siegfried Bross, haben das EPO entschieden zur Umkehr aufgerufen.

Nie zuvor war das Management des EPO einer solchen Welle von öffentlicher Kritik ausgesetzt wie unter seinem derzeitigen Präsidenten, Herr Benoît Battistelli. Die Reputation des Amtes und auch die des Gastgeberlandes werden dabei in Mitleidenschaft gezogen.

Ein guter Überblick über die vergiftete Arbeitsatmosphäre wurde von [Politico](http://www.politico.eu/article/labor-relations-turn-toxic-in-the-european-patent-office/) (<http://www.politico.eu/article/labor-relations-turn-toxic-in-the-european-patent-office/>) im August 2015

veröffentlicht; seitdem hat sich die Situation jedoch weiter verschlechtert. So hat Herr Battistelli im Januar 2016 zwei Gewerkschaftsvertreter und gewählte Mitarbeiterrepräsentanten in München entlassen. Ein Dritter wurde am 4. November 2016 in Den Haag gefeuert. In allen drei Fällen kann man durchaus von „Hexenjagd“ und kafkaesken Prozessen sprechen, grundlegendste rechtliche Prinzipien zum Schutz von Mitarbeitervertretern wurden missachtet. Gegenwärtig stehen zwei weitere Gewerkschafts- und Mitarbeitervertreter im Visier.

Mit dem Ziel einer Deeskalation hat der Verwaltungsrat des EPO im März 2016 eine Resolution [CA/26/16](#) verabschiedet, in der Herr Battistelli aufgefordert wurde, die bestehenden Regeln mit dem Ziel einer gerechten Ausgestaltung und Anwendung zu überarbeiten und vorlegen. Bis dahin sollten, so hatte der Rat Herrn Battistelli aufgefordert, keine weiteren Untersuchungen und disziplinarischen Verfahren gegen Mitarbeiter- und Gewerkschaftsvertreter eröffnet und durchgeführt werden – eine Aufforderung, die Herr Battistelli jedoch vollständig ignoriert hat.

Seit Jahrzehnten wird Deutschland wegen seines funktionierenden sozialen Modells in der Welt als Musterbeispiel angesehen, ein Modell, das primär auf Dialog und Verhandlung setzt und eben nicht für ausufernde Konflikte und Machtspielchen steht. Vor diesem Hintergrund fordern wir Deutschland als wichtiger EU-Mitgliedsstaat und Gastgeberland des EPO auf, in dieser tiefsten Krise des EPO seit seiner Entstehung deutlich Position zugunsten der Verteidigung fundamentaler Rechte der Mitarbeiter und deren Vertretern zu beziehen. Unglücklicherweise, so wurde uns berichtet, scheint der Vertreter Deutschlands im Verwaltungsrat des EPO sich nicht nur passiv verhalten zu haben, sondern wiederholt Initiativen des Herrn Battistelli durch Verleihung weiterer Machtbefugnisse unterstützt zu haben, obwohl bereits die bestehenden Regeln zu erheblichem Missbrauch durch Herrn Battistelli geführt haben.

Wir stimmen sicher darin überein, dass Managementpraktiken wie Furcht, Isolation und Vergeltung keinen Platz in einer demokratischen Gesellschaft und auch in einer europäischen und internationalen Institution wie dem EPO haben. Umso mehr ist es wichtig, dass die autoritäre, ja selbstherrliche Vorgehensweise, die wir gegenwärtig beim EPO und Herrn Battistelli erleben, nicht zum negativen Musterbeispiel für andere europäische und internationale Organisationen werden, Organisationen, bei denen es aufgrund ihrer funktionalen Unabhängigkeit für Mitarbeiter und deren Vertreter oft schwierig ist, Recht zu erlangen und vor Gericht einzuklagen.

Die Amtszeit von Herrn Battistelli als Präsident des EPO dauert noch bis 30. Juni 2018, sofern bis dahin ein Nachfolger gefunden wurde. Wir fürchten, dass Herr Battistelli nichts unversucht lassen wird, mittels politischer Ränkespiele eine Verlängerung seiner Amtszeit zu erreichen. Europa kann sich ein derartiges Szenario, gerade auch in der aktuellen politischen Situation, nicht leisten. Daher können wir auch nicht geduldig abwarten, bis Herr Battistelli freiwillig das Feld räumt.

Bitte lassen Sie uns wissen, welche Maßnahmen Deutschland ergriffen hat und ergreifen wird, um die rechtliche Ordnung einschließlich der Respektierung von Mitarbeiter- und Mitarbeitervertreterrechten beim EPO wiederherzustellen, einer europäischen und internationalen Organisation, bei der die Bundesrepublik Deutschland nicht nur ein wichtiges Mitglied, sondern auch Gastgeberland ist.

Mit freundlichen Grüßen

Johannes Priesemann

Carlos Bowles

Jörn Paulini

International and European Public Services Organisation

cc: USF, SUEPO